

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 15 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Drittel-Direktor)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 25.

Berlin, Sonnabend, 26. März 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Osterbetrachtungen. — Die Pensionsversicherung der Privatangestellten. — Das Gewerkschaftswesen in Rußland. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkschaftsteil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeige n.

Des Osterfestes wegen erscheint die nächste Nummer erst am Sonnabend, den 2. April.

### Osterbetrachtungen.

Der Sieg des Lenzes über den Winter ist dieses Mal recht leicht gewesen, und früher als sonst zeigen sich die Boten, welche den Einzug des Frühlings ankünden. Haben auch die leichtbedingten Säger noch nicht wieder die heimatischen Wälder und Fluren aufgesucht, so deuten doch die saftgeschwellten Knospen an Bäumen und Sträuchern bereits darauf hin, daß Mutter Erde aus ihrem Schläfe erwacht ist und neues Leben in ihrem Schoß der Entfaltung harrt. Keine Zeit ist mehr dazu angetan, Lebensmut und Lebensfreude in der Menschenbrust zu wecken. Der Gedanke, daß nach finsterner Winternacht helle Lenzesonne wieder lacht, löst auch dem Verzagtesten die Hoffmann ein, daß den widrigen Verhältnissen eine bessere Zukunft folgen wird.

Und wenn die Osterglöden sich rühren und ihre mächtige Stimme über das Land dahin klingen lassen, wenn sie das Fest der Auferstehung verkünden und den Menschen zurufen: Das Leben hat über den Tod den Sieg davongetragen, die Wahrheit über die Mächte der Finsternis, sollte da nicht auch in der bangen Menschenbrust die Zuversicht erblühen, daß eine günstigere Zeit hereinbricht, die das harte Joch der Bedrückten mildert? Wahrlich, es tut not! Schwerer denn je hat namentlich die deutsche Arbeiterschaft unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden. Hat sich auch die allgemeine wirtschaftliche Lage etwas gehoben, so muß doch die herrschende Leuerung den Kampf ums Dasein ungemein erschweren. Dazu ein völliges Verjairen der Gesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiete! Dem Ringen der Arbeiterschaft nach sozialer Gleichberechtigung wird der schroffe Widerstand entgegengesetzt, und man braucht nur die preussische Wahlrechtsreform zu erwähen, um zu zeigen, daß auch hinsichtlich der politischen Rechte der Arbeiter anderen Ständen in der Bevölkerung hintangeht wird.

Auch die Klänge der Osterglöden werden die Gefühle der Mißstimmung und Erbitterung, die sich in vielen Herzen festgesetzt haben, nicht herausreißen. Wohl aber werden sie den Willen und damit die Kraft in uns stärken, mit Ausdauer und Entschiedenheit überall und bei jeder Gelegenheit für unsere Organisation einzutreten, die sich, wenn alle andere Hilfsmittel verjairen, noch immer als unsere beste Stütze bewährt hat. Aber noch kommt diese Wohltat zu wenig zugute. Millionen von Arbeitern stehen teils aus Gleichgültigkeit, teils aus Mangel an Einsicht der Organisation fern. Da muß es Aufgabe der Deutschen Gewerksvereine sein, in die Herzen dieser Millionen von Arbeitern den lichten Sonnenstrahl der Befreiung zu bringen, daß sie sich warm werden, aufstauen und empfänglich werden für das Saatforn unserer Ideen und Anschauungen.

Aber freilich, wer richtig wirken will, muß auch beiseit sein von dem Vertrauen auf unsere Sache, muß durchdrungen sein von der Ueberzeugung ihres endlichen Sieges. Mag unsere Schar im Vergleich zu den anderen Organisationen auch verhältnismäßig klein sein, das Bewußtsein, daß nur eine einheitliche, durch politisches und religiöses Bei-

werk nicht zerplitterte Arbeiterbewegung, wie wir sie anstreben, die Befreiung der Arbeiterschaft bringen kann, muß unsere Kräfte vervielfältigen und den Kampf für unsere gute Sache erleichtern. Und wer für eine gute Sache streitet, der braucht keine Zuflucht nicht zu giftigen Waffen zu nehmen, wie wir es leider nur allzu oft zu spüren bekommen, nein, ihr steht die Macht der Ueberzeugung zur Seite, welche am besten durch Aufklärung und Belehrung zu wirken vermag. Möge also das neue Werden in der Natur allen Gewerksvereinern eine Mahnung sein, auch den Samen unserer edlen Lehren hinauszutragen auf das weite Feld der Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit, auf daß er bald tausendfältige Ernte bringt zum Heile der ganzen deutschen Arbeiterschaft!

Indessen eine Organisation darf sich nicht mit äußerem Wachstum begnügen; sie muß auch nach innerer Vertiefung streben. Denn die Macht der Organisation beruht nicht nur auf ihrer Größe, sondern vor allem auf ihrer inneren Stärke, und diese innere Stärke wiederum ist abhängig von der Einigkeit in allen grundsätzlichen Fragen. Wohl müssen wir unerschütterlich vorwärts streben, uns der Entwicklung der Verhältnisse anzupassen und versuchen und dazu alle vorhandenen Kräfte lebendig erhalten. An unseren Grundanschauungen aber, die der Organisation ihr besonderes Gepräge geben, die ihr inneres Mark bilden, muß unverbrüchlich festgehalten werden. Die Grundzüge, die uns unter unvergeßlicher Max Stirch gelehrt hat, sie bilden das Fundament der Deutschen Gewerksvereine. Werden sie erschüttert, so muß die Gefahr eintreten, daß das stolze Gebäude, gegen das schon so zahlreiche und mächtige Gegner vergeblich Sturm gelaufen sind, in sich selbst zusammenstürzt. Wer deshalb durchdrungen ist von der Bedeutung und der Notwendigkeit unserer Organisation, der wird es peinlich vermeiden, die Einigkeit zu stören und vielmehr alles aufzubieten, den inneren Zusammenhalt zu stärken.

Auch der Verbandstag wird sich vornehmlich dieser Aufgabe widmen. Nur wenige Wochen trennen uns noch von ihm, und erwartungsvoll sind die Herzen der Gewerksvereiner auf die Beschlüsse gerichtet, die er zeitigen wird. Nun, die Tatsache, daß die Verbandstagsabgeordneten Männer sind, die sich längst schon die Sporen im Dienste und im Kampfe für unsere Organisation erworben haben, bürgt an sich schon dafür, daß für sie allein das Wohl der Gesamtheit maßgebend sein wird. Die Abgeordneten würden des ihnen geschenkten Vertrauens nicht würdig und der damit verbundenen Verantwortung sich nicht bewußt sein, ließen sie sich in ihren Entscheidungen jemals von anderen als rein sachlichen Erwägungen bestimmen. Felsenfest sind wir denn auch davon überzeugt, daß all ihr Sinnen und Trachten darauf gerichtet sein wird, unsere Bewegung innerlich zu festigen und so zu gestalten, daß ihr die Bahn in immer weitere Kreise der deutschen Arbeiterschaft geebnet wird. Dann wird dieser Verbandstag aus einem neuen Markstein bilden in der Geschichte unserer Organisation und auf dem Wege zum Ziele einer einheitlichen deutschen Arbeiterbewegung. Erst wenn dies erreicht ist, wird die deutsche Arbeiterschaft die ihr gebührende Anerkennung und Wertschätzung erfahren, erst dann wird man ihr die Gleichberechtigung mit anderen Bevölkerungsschichten nicht länger verjairen, und erst dann wird es auch Frühling werden in unserem deutschen Vaterlande. Jeder einzelne vermag daran mitzuwirken, und in der Hoffnung, daß das Fest der Auferstehung den Willen dazu bei allen Kollegen und Kolleginnen erwecken und erstarken läßt, rufen wir ihnen zu:

Fröhliche Ostern!

## Die Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Zwischen den einzelnen Organisationen der Privatangestellten tobt gegenwärtig ein heifer Kampf um die Frage der staatlichen Pensionsversicherung. Zwei Forderungen stehen sich gegenüber: Die eine Richtung, geführt von dem christlichen Gewerkschaften nahestehenden deutschen nationalen, antiemittischen Handlungsgehilfen-Verbande, fordert für die Privatangestellten eine besondere Zusatzversicherung, während die andere Richtung, zu der unser Verein der Deutschen Kaufleute gehört, den Ausbau des jetzigen Invalidenversicherungsgesetzes fordert. Auf die Einzelheiten der von beiden Richtungen gewünschten Fürsorgeerweiterung soll heute nicht eingegangen werden. Für uns handelt es sich darum, nachzuweisen, welches lebhaftes Interesse die Deutschen Gewerksvereine an einer Verbesserung der staatlichen Versicherung haben.

Schon im Gewerksvereins-Programm ist gesagt, daß die Gewerksvereine von der Gesetzgebung eine Erweiterung der Fürsorge, insbesondere für franke, alte und invalide Arbeiter verlangen. Es ist deshalb notwendig, daß wir der Frage der staatlichen Pensionsversicherung unsere volle Aufmerksamkeit widmen, daß unsere Gewerksvereinszeitungen sich mehr als bisher mit der Frage beschäftigen und sich die Ortsverbands- und einzelnen Gewerksvereins-Vereinammlungen eingehend mit der Sache befassen. Gelingt nämlich den Privatangestellten deutsch-nationaler Richtung ihre Absicht, die Regierung zur Vorlage eines Gesetzesentwurfes zu bewegen, der lediglich für die Privatangestellten bestimmt ist, dann werden die Arbeiter von einer Besserstellung in der staatlichen Versicherung auf Jahre hinaus ausgeschlossen sein. Die Forderung des Gewerksvereins-Programms nach einer Erweiterung der Fürsorge dürfte dann schwerlich baldige Erfüllung finden. Das aber liegt nicht im Interesse der Gewerksvereine, die für ihre Anhänger den Ausbau des jetzigen Invaliden-Vericherungsgesetzes fordern müssen, umso mehr fordern müssen, als für das Wohl der Nation die Privatangestellten nicht mehr bedeuten als die gewerblichen Arbeiter.

Unser Wunsch geht nach einer Vereinigung, nach Vereinheitlichung unserer sozialen Gesetzgebung. Wir halten es deshalb für einen schweren, kaum wieder gut zu machenden Fehler, wollte man bei sozialen Versicherungsgeetzen jeden Stand besonders berücksichtigen. Damit würde man lediglich die Gefahr herausbeschwören, daß all die anderen, in bezug auf den Staatszweck gleichwertigen Verufe ebenfalls für sich eine besondere Versicherung verlangen. Das schafft neue künstliche Trennungslinien innerhalb der gesamten Arbeiterschaft.

Wo soll die Reise hingehen? so fragen wir uns angesichts der Tatsache, daß die Regierung die Privatangestellten mit besonderen Rechten, mit einer besonderen, besseren Fürsorge versehen will. Sind die Arbeiter für den Staat so wenig wert, daß sie nicht Teil haben sollen an den Fürsorge-Einrichtungen, die man für den Privatangestellten schaffen will? Wir rufen deshalb unseren Mitgliedern zu: Demonstrieren bei allen sich bietenden Gelegenheiten für einen weitgehenden Ausbau des jetzigen Invaliden-Vericherungsgesetzes! Fordert höhere Renten, fordert die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr und fordert eine Verbesserung des jetzigen, im § 5 des Invaliden-Vericherungsgesetzes festgelegten Invaliditätsbegriffes! Wartet nicht auf die Betabschiedung der Reichs-Vericherungsordnung, sondern trachtet danach, daß die den Privatangestellten

zu gönnende und bereits zugestandene bessere Versorgung allen Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung zugute kommt! Unser Verein der Deutschen Kaufleute führt seit Jahren den Kampf um den Ausbau des Invaliden-Versicherungsgesetzes. Durch eine Erweiterung und Ausdehnung des Gesetzes soll die Regierung den Wünschen aller Arbeitnehmer gerecht werden. Bei einer derartigen Regelung würde die Aufrichtung einer künstlichen Scheidengrenze zwischen der Arbeiterkassafahrt und den Privatangestellten vermieden. Das aber liegt letzten Endes im wohlverstandenen Interesse der Privatangestellten selbst, die, ob sie wollen oder nicht, von Jahr zu Jahr in immer größerer Zahl das Gefühl der Abhängigkeit erfahren müssen. Das hat seine Ursachen in der wirtschaftlichen Entwicklung, die aufzuhalten kein Gesetzesentwurf zustande bringt.

**Das Gewerkschaftswesen in Rußland.**

Die wirtschaftliche Entwicklung und dementsprechend auch die Arbeiterbewegung hat in unserem östlichen Nachbarreiche einen anderen Gang genommen als in den übrigen europäischen Staaten. Die ersten Fabriken wurden unter Peter dem Großen, d. h. am Anfang des 18. Jahrhunderts, ins Leben gerufen und gehörten zumeist Kaufleuten und Handwerkern. Ihre Arbeiterkassafahrt rekrutierte sich zum Teil aus Leibeigenen, die ihnen von der Regierung überwiesen wurden, zum Teil aus Leibeigenen, die vom Lande in die Städte geblüht waren, und endlich aus Landstreichern, Bettlern usw., die auf bestimmte Zeit oder für das ganze Leben zur Fabrikarbeit verurteilt wurden. Später erhielten die Fabrikanten das Recht, sich selbst Leibeigene zu kaufen. Die freien Arbeiter, die sich in den Fabriken eingefunden hatten, wurden diesen für ewig verschrieben, die Industrie also damit auf Zwangsarbeit gestellt. Als später den Fabrikanten der Ankauf von Leibeigenen erschwert und endlich gänzlich verboten wurde, fehlte es ihnen an den nötigen Arbeitskräften, und die Betriebe gingen allmählich in die Hände des Adels über, dem das Galten von Leibeigenen gestattet war. Der teilweise Uebergang der Zwangsarbeit zur Lohnarbeit, besonders in der Textilindustrie, fällt schon in eine erheblich spätere Zeit.

Im Jahre 1861 wurde die Leibeigenschaft in Rußland aufgehoben, was zur Folge hatte, daß zahlreiche Leibeigene die Betriebe verließen und auf das Land zurückkehrten. Während dadurch in der Stadt ein erheblicher Arbeitermangel eintrat, wurde auf dem Lande ein Ueberschuß an Arbeitskräften erzeugt, so daß sich die entgegengesetzte Wirkung bemerkbar machte und die Bauern im Winter ihr Dorf verließen, um in der Stadt Industriearbeiten zu verrichten. Hier sind die Arbeiter in großen Katernen in der Nähe der Fabriken untergebracht. Von gewerkschaftlichen Organisationen war bis in die letzte Zeit unter ihnen nichts zu verspüren, zum Teil auch wohl deshalb, weil verschiedene Volksstämme und Religionen hier aufammentreffen. Neben griechisch-katholischen Russen sind hier besonders römisch-katholische Polen, Juden und mohamedanische Tataren zu erwähnen. Auch die Standesunterschiede zwischen den Arbeitern selbst, besonders den handwerksmäßig ausgebildeten und den ungelerten, hinderten einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß.

Von einem solchen kann erst seit etwa dem Beginn unseres Jahrhunderts die Rede sein. Eine anschauliche Schilderung über die neueste Entwicklung der Arbeiterbewegung bietet eine Schrift von A. v. Witte.\*) Abgesehen von einigen Vereinigungen von Arbeitern bei Streiks, die sich nach Beendigung derselben wieder auflösten, war die erste dauernde Organisation der „Allgemeine Jüdische Arbeiterbund Rußlands und Polens“, der 1897 gebildet wurde. Später wurden von den Behörden selbst Arbeitervereinigungen ins Leben gerufen, auch von dem berichtigten Oberpolizeimeister Trepow, die, unter Aufsicht der Polizei stehend, die Arbeiter von den sozialistischen Parteien fernhalten und die Bewegung in ruhige Bahnen lenken sollten. Die erste derartige Vereinigung war die Hilfskassafahrt für Arbeiter der mechanischen Werkstätten. In verschiedenen Stadtteilen Moskaus bildeten sich besondere Gruppen dieser Organisation, deren Vorsitzende regelmäßige Besprechungen abhielten und den „Arbeiterrat der mechanischen Werkstätten Moskaus“ bildeten. Für andere Gewerbe, so für die Weber, die Knopf- und Labakarbeiter, wurden ähnliche Hilfskassen gegründet, die sich bald auch auf die Umgebung von Moskau erstreckten. Auch an anderen Orten, wie in Winsk und Odesa, entstanden im Einverständnis mit der Polizei solche Arbeitervereinigungen, die bald leb-

hafte Bewegungen hervorriefen und dazu führten, daß die Arbeiter an die Unternehmer mit Forderungen herantraten. Die Folge war, daß letztere diesen Gründungen gegenüber einen feindseligen Standpunkt einnahmen. Die Regierung wurde dagegen scharf gemacht, die Führer der Bewegung wurden entsetzt, und die Organisationen gingen wieder ein. Erwähnung verdient hier vielleicht noch der mit Genehmigung der Regierung unternommene Versuch des berühmten Kopon Gregor Gapon, der im Jahre 1904 einen Verein russischer Fabrikarbeiter Petersburg gründete und eine Reihe von Gruppen bildete, von denen sich aber nach den bekannten Streikämpfen im Januar 1905 nur eine kleine Hilfskassafahrt erhalten hat.

Unterdessen hatte sich bereits im Jahre 1903 in Moskau eine geheime Gewerkschaft der Typographenarbeiter gebildet, ohne Unterstützung der Regierung sowohl wie der sozialistischen Parteien. Zwei Jahre später folgte eine ähnliche Gewerkschaft in Petersburg und bald auch in anderen Städten. Ende des Jahres 1905 waren in den größeren Städten Gewerkschaften gegründet, die aber einen örtlichen Charakter und meist nur ein kurzes Dasein hatten. In Moskau und Petersburg freilich wurden auch Zentralbureaus für die Gewerkschaften errichtet.

Das Jahr 1905 ist auch dasjenige, welches die meisten Streiks brachte. Die amtliche Statistik zählte 13 110 Ausstände mit 2 700 000 Beteiligten. Das sind doppelt so viel Arbeiter, wie in Deutschland, Oesterreich, Italien, Belgien, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten zusammen im Jahre 1905 streikten. Dabei sind in der russischen Statistik die Streiks der Bergarbeiter, der Lederarbeiter und der Arbeiter der Verkehrsgewerbe nicht mitgezählt. Außerdem ist zu bedenken, daß die russische industrielle Arbeiterkassafahrt der westlichen Staaten an Zahl weitlich nachsteht.

Durch einen großen Moskauer Ausstand Ende 1905 wurden viele Gewerkschaften aufgelöst, während die Unternehmer begannen, sich zur Abwehr zusammenzuschließen. Im Frühjahr 1906 wurde ein Gesetz erlassen, das die Bildung von Berufsvereinen erlaubte und regelte. Als der Zweck der Gewerkschaften wurde darin festgelegt: die Behandlung und Förderung der wirtschaftlichen Lage und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder, sowie die Förderung der Produktivität der Betriebe, in denen sie arbeiten. Ferner wurde den Berufsvereinen erlaubt, sich zu betätigen auf dem Gebiete des Schieds- und Einigungs-wesens, des Arbeitsnachweises, der Rechtsauskunft, des gemeinsamen Einkaufs, des Unterrichts-wesens und der Fortbildung. Auch die Einteilung in Sektionen wurde gestattet, doch mußte die Verwaltung eine gemeinsame sein. Die Verbindung zwischen mehreren Berufsvereinen wurde unter-jagt. Trotz dieses Verbotes entstanden doch 30 Zentralbureaus der Berufsvereine, die man etwa mit unseren Ortsverbänden vergleichen kann. Sie sind aber zum Teil wieder verschwunden oder entfallen nur eine geringe Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete. Im großen und ganzen ist die Organisation der Arbeiter in Rußland eine örtliche geblieben.

Was die Zahlen der organisierten Arbeiter in Rußland anbetrifft, so gibt folgende aus Gewerkschaftsfreien stammende Tabelle darüber Auskunft. Es gab danach im ersten Vierteljahr 1907 organisierte Arbeiter:

	Gewerkschaften	Mitglieder
Bergbau	5	2 475
Holzindustrie	38	9 927
Lederindustrie	85	12 066
Metallindustrie u. Maschinenbau	81	54 173
Bekleidungsindustrie	59	14 322
Drudereigewerbe	72	28 654
Nahrungsmittelindustrie	78	24 848
Baugewerbe	43	12 396
Textilindustrie	25	37 214
Handel und Transportgewerbe	101	32 475
Sonstige	65	17 005

Das sind im ganzen 652 örtliche Gewerkschaften mit 245 555 Mitgliedern. Die meisten Organisierten meist der Moskauer Bezirk nach, nämlich 60 942 in 98 Gewerkschaften, ferner Petersburg mit 53 514 in 61 Gewerkschaften; es folgt Polen, wo 62 Gewerkschaften mit 47 712 Mitgliedern, der Kaukasus (besonders das Naphthagebiet), wo 43 Gewerkschaften mit 16 172 Mitgliedern bestanden. Zahlreiche kleinere Gewerkschaften sind im westlichen Schwarzseegebiet (Odesa usw.) und im Nordwestgebiete (Wilna usw.) zu finden; im ersteren wurden 103 Gewerkschaften mit 15 498 Mitgliedern, im letzteren 101 mit 14 553 Mitgliedern gezählt.

**Allgemeine Rundschau.**

Donnerstag, den 24. März, 1910.

Das Verbands-Adressen-Verzeichnis für 1910 ist jetzt erschienen. Die Ortsverbände und Vereine, die Bestellungen darauf rechtzeitig gemacht haben, erhalten die bestellten Exemplare noch vor Oitern. Unser Verzeichnis ist auch diesmal wieder ein stattliches Bündchen geworden. Es prägen-tiert sich im anspredenden Maße und enthält auf 128 Seiten die Adressen des geschäfts-führenden Ausschusses, der Vertreter des Zentralrats und die der Hauptverwaltungen der einzelnen Gewerksvereine. Die letzteren haben sich um eine Ver-mehrung vermehrt. Zahlreicher geworden sind auch die Adressen der selbständigen Orts-vereine, gleichfalls auch die der Bezirks- und Agitationsleiter, durch die neu-geschaffenen Arbeiter-Sekretariate. Die Orts-vereine sind wieder nach den Landesteilen ge-ordnet. Der Uebersicht wegen mußte eine neue Ab-teilung für die außerdeutschen Staaten ge-schaffen werden, die zwar nur vier Vereine zählt, die aber zeigt, daß unsere Sache unter den Deutsch-gejinteten der Nachbarstaaten auch Anhänger ge-winnt. Die Adressen der Schriftführer und Kas-sierer der Ortsvereine sind diesmal sehr über-sichtlich angeordnet. Die Bezeichnung des Berufsvereins ist gleichfalls durch fetten Druck hervorgehoben, so daß auf den ersten Blick die ge-wünschte Adresse ohne langes Suchen festzustellen ist. Am besten läßt dies Berlin erkennen mit seinen 57 Ortsvereinen. Das Adressenverzeichnis enthält dann weiter die Adressen der Vorsitzenden, Schrift-führer und Kassierer der Ortsverbände, der Rechtsauskunftsstellen, der Aus-breitungsverbände, der Arbeitsnach-weisstellen im Verbands der Gewerksvereine, ein alphabetisches Verzeichnis der Orte, wo unsere Sache vertreten ist, und einige Bücher-empfehlungen. Der Umschlag bringt weiter ein Inhaltsverzeichnis, einen Tarif für Briefsendungen und endlich für Paket- und Geldsendungen.

Der Inhalt des Adressenverzeichnis macht das-selbe unentbehrlich für jedes Vorstandsmit-glied unserer Ortsvereine. Der Vorsitzende eines Vereins, der für dessen Ausdehnung auch über den Ort hinaus tätig sein will und der das Zusammenwirken zweier naheliegender Orte für zweckmäßig hält, findet im Adressenverzeichnis die diesbezüglichen Adressen. Auch jeder Schrift-führer muß zur schnelleren Erledigung seiner Korrespondenz ein Adressenverzeichnis unbedingt zur Hand haben. Dasselbe gilt für jeden Kas-sierer. Wie oft meist sich bei ihm ein Kollege ab nach einem Orte, wo sein Berufsverein nicht vertreten ist. Mit Hilfe des Adressenverzeichnis ist er in der Lage, dem Kollegen die Verbands-kollegen zu nennen, die ihm sicherlich helfen werden, auch am neuen Wirkungskreise den Samen für seinen Berufsverein auszustreuen. In diesen und in vielen anderen Fällen ist ein Adressenverzeichnis unentbehrlich. Möge es deshalb die Aufnahme in den Kreisen unserer Kollegen finden, die es dank seiner Vielseitigkeit, Uebersichtlichkeit, Ausstattung und schließlich auch in Anbetracht der Arbeit, die das Zusammenstellen der zahlreichen Adressen gemacht hat, verdient!

Bestellungen nimmt Verbandskassie-rer Kollege Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-23, gern entgegen. Der Einfachheit halber ist der Betrag von 20 Pf. pro Verzeichnis gleich in Briefmarken der Bestellung beizulegen.

**Krieg im Baugewerbe?** In Dresden hat am Dienstag die dritte außerordentliche Hauptver-sammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe stattgefunden. Hauptpunkt der Tages-ordnung war ein Vortrag des Baurats Enke-Leipzig, der die Verhandlungen der sogenannten Dreieckner-Kommission mit den Vertretern der Ar-beiter beiprachte und die augenblickliche Lage im Baugewerbe eingehend schilderte. Im Anschluß an den Vortrag wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die dritte außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verlangt, daß die Ende März d. J. ablaufenden Tarifverträge mit den Arbeitnehmerorganisationen unter Zugrundelegung eines Tarifvertragsmusters erneuert werden, welches folgende Bedingungen zu ent-halten hat:

1. Der Abschluß soll zentral erfolgen. Die vor-herige Vereinbarung der speziellen Arbeitsbedingun-gen soll nach wie vor diesen Arbeitgeberverbänden und den in Betracht kommenden Zweigverbänden der Arbeit-nnehmer überlassen bleiben.
2. Die Möglichkeit, die für die einzelnen Verbände geeigneten Lohnmethoden zu vereinbaren, soll durch

\*) Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Karls-zuhe i. B. 1909.

das Vertragsmuster gesichert werden. Eine Reduzierung der Lohnhöhe ist nicht beabsichtigt.

3. Die Affordarbeit soll nicht nur als zulässig erklärt, sondern ihre Durchführung auch im Vertrage gesichert werden.

4. Durch eine besondere Erklärung außerhalb des Vertrages soll eine Sicherung der Arbeitgebebearbeiternachweise insofern festgelegt werden, daß diese von den Arbeiterorganisationen in keiner Weise gestört werden dürfen.

5. Eine geringere als dreijährige Vertragsdauer soll ausgeschlossen sein.

Dieser Beschluß soll den Arbeitnehmern aller Zentralverbände als endgültige Entscheidung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mitgeteilt werden. Die Hauptversammlung erwartet gemäß der in Berlin mit den Arbeitgebervertretern getroffenen Vereinbarung Antwort der Arbeiterorganisationen bis spätestens den 8. April und erklärt sich mit der Verlängerung der jetzt bestehenden Verträge bis längstens 14. April einverstanden.

Die Unternehmer müssen wissen, daß unter diesen Bedingungen eine Einigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgeschlossen ist. Die Arbeitgebervertreter haben gelegentlich der Beratungen mit der Dreizehner-Kommission mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß diese Vorschläge für die Arbeiter unannehmbar sind. Wenn diese trotzdem in der Resolution von neuem festgelegt werden, so ist dies ein Beweis dafür, daß die Unternehmer den Kampf wollen. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Arbeiterorganisationen in der kurzen Frist bis zum 8. April über Zustimmung oder Ablehnung sich entscheiden sollen. Die Verantwortung, welche die Unternehmer damit auf sich laden, ist mit Rücksicht darauf, daß über 300 000 Arbeiter von dem Kampfe betroffen würden, ungeheuer groß. Denn es ist zweifellos, daß unser gesamtes Wirtschaftsleben schwer erschüttert werden muß, da ein Kampf im Baugewerbe auch andere verwandte Berufszweige stark in Mitleidenhaft ziehen wird.

Eine schwere Vergewaltigung des Koalitionsrechts ist der Gemeindeverwaltung von Steglitz zum Vorwurf zu machen. Unser Gewerksverein der städtischen Arbeiter hatte daselbst einen Ortsverein gründen können, dem eine größere Anzahl städtischer Arbeiter beigetreten wäre. Die Bemühungen des Ortsvereins richteten sich zunächst auf die Verfürgung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, um dadurch vor allem eine Verlängerung der Mittagspause, die nur eine Stunde währte, herbeizuführen. Damit hatte er ins Fettnäppchen getreten. Ein Teil der Mitglieder wurde auch beschäftigt bei der freiwilligen Feuerweh. In dieser war auch der ehemalige Feldwebel Schäfer tätig, der die Arbeiter für Rekruten zu halten scheint. Und so hielt er einen Appell ab und gab die Lösung aus, daß die Mitglieder schleunigst wieder aus unserem Ortsverein auszutreten hätten, da sie sich sonst Unannehmlichkeiten machten. Die Mehrzahl der Leute folgte diesem Verlangen und trat aus. Drei aber blieben fest. Da wurde schleunigst eine Erklärung verfaßt, die von den ausgeschiedenen Mitgliedern unterschrieben wurde und den Inhalt hatte, daß sie nicht mehr mit den drei fest gebliebenen Kollegen zusammen arbeiten wollten. Darauf wurden die drei Betreuen entlassen. Die „Freiwilligkeit“ der Feuerweh trat auf die Leistung der Unterschrift natürlich nicht zu. Manchem wird das Herz gebuldet haben, als er so „Zu Befehl, Herr Feldwebel“ Berratt über mußte an seinem gesetzlich verbürgten Recht und an seinen Arbeitskameraden.

Das letzte Wort ist in dieser Sache aber noch nicht gesprochen. Unter Führung des Gemeindevertreters Fischer, eines entschieden liberalen Mannes, hat der Vergewaltigungsakt in der Gemeindevertretung gebührende Kritik erfahren. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Bloßstellung eines so unerhörten Vorganges die Gemeindeverwaltung dahin bringen wird, das Recht wieder herzustellen. Wir haben manche Dinge einlegen können auch für die zivilversorgungsberechtigten Militäranwärter. Wenn manche unter diesen sich gar nicht daran gewöhnen können, daß sie im Zivildienst solcher Art freie Arbeiter und keine Rekruten vor sich haben, dann ist es kein Wunder, wenn die Militäranwärter immer mehr an Sympathie verlieren. Diese „Rekrutenbräuer“ sollten daher im eigenen Interesse unter sich darauf achten, daß sie ihren Stand nicht bei anständigen Leuten in der Achtung und dem Ansehen herunter bringen. Der Zivildienstorganschein allein bedeutet noch nicht viel! Wer will, daß ihm recht geliche, muß es sich zur Pflicht machen, auch das Recht anderer Menschen zu achten.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Konfektionschneider in Lauban dauert un-

ändert fort. — In Schweidnitz drohen ebenfalls Differenzen in der Konfektionsbranche auszubrechen, da mit Ausnahme einer Firma die Arbeitgeber sich weigern, einen Tarif abzuschließen und mit den Organisationen zu verhandeln. — In Görlitz haben die im Gewerksverein organisierten Tapezierer Lohnforderungen gestellt. — Wegen fortwährender Lohnreduktionen haben in Neustadt a. S. die Schneidergesellen die Arbeit niedergelegt. — Im Tapezierergewerbe zu Augsburg ist es zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen, der den Gehilfen eine Herabsetzung der Arbeitszeit und eine Stundenlohnerhöhung um 5 Pfg. gewährt. Auch sonst sind einige Verbesserungen erzielt worden. — Tarifdifferenzen sind im Steinbergergewerbe für Rheinland und Westfalen ausgebrochen. Die in Düsseldorf geführten Tarifverhandlungen haben bisher noch nicht zu einer Einigung geführt. — Eine lebhafte Lohnbewegung ist im Bädereigewerbe in Südwestdeutschland im Gange. In Frankfurt a. M. wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, nach dessen Schiedsspruch den Gehilfen für 10 bis 14 Tage ein Kubettag gewährt werden soll. Da die Bädermeister auch diesen Schiedsspruch ablehnten, sind in Frankfurt a. M. etwa 1000 Bädereigellen und Bädereigehilfen weiter in den Ausstand getreten. Die Bewegung hat aber auch weitere Kreise gezogen und führte auch in Karlsruhe zum Streik, an dem rund 200 Gesellen beteiligt sein dürften. — Bei der Firma Mojcs Löw-Beer in Sagan befinden sich die Kettenischerer in einer Lohnbewegung. Sie sind alle bis auf einen im Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter organisiert. Da die Firma bis jetzt jede Verhandlung abgelehnt hat, ist am Donnerstag die Kündigung eingereicht worden. Gefordert wird neben einer Regelung der Arbeitsverhältnisse eine kleine Lohnerhöhung. Zugang nach Sagan muß einstweilen ferngehalten werden.

In Ranjas City (Bereinigte Staaten) sind die organisierten Lederarbeiter in den Ausstand getreten. — Im Kohlenrevier von Süd-Wales gärt es noch immer. Die bisher geflorenen Einigungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen und wurden abgebrochen, so daß der Streik, von dem etwa 200 000 Bergleute betroffen werden, fast unvermeidlich erscheint.

Ein trauriges Kapitel. Im „Regulator“ lesen wir folgende Notiz, die wieder einmal auf die Agitationsweise der Verbändler ein grelles Licht wirft:

Velbert. Unter großem Jubel verkündeten die Verbändler bei der Firma B. in Velbert, daß zwei Gewerksvereiner zum Metallarbeiterverband übergetreten seien. Die Mutter eines der übergetretenen Kollegen sagte zu unserem Ortsvereinstaffierer: „Ihr braucht keine Zeitung mehr zu bringen, unser Wilhelm ist zum Metallarbeiterverband übergetreten, es ging nicht mehr, er hatte keine Ruhe, man wollte ihm beim Gehen nicht mehr helfen“. Diese Mitteilung bestätigte der übergetretene Kollege, indem er erklärte: „Ich hatte einen Tiegel fertig und mußte gießen. Drei Mann habe ich gefragt, aber keiner wollte mir helfen. Als ich sah, daß ich auf die Dauer nicht weiterarbeiten konnte, bin ich zum Metallarbeiterverband übergetreten. Aber ich habe gesagt, daß ich mich um die Organisation nicht kümmern und Versammlungen nicht besuchen werde“. Auf ähnliche Art ist auch in demselben Betrieb ein älterer Kollege behandelt worden. Durch Zufall (?) rief ihm an einem Tage vier bis fünfmal der Treibriemen, wenn er Hilfe brauchte, war natürlich niemand dazu bereit. Dieser Kollege wurde vom Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes auch gefragt, ob er nicht übertreten wolle, das hat jedoch unser Kollege abgelehnt. Diese Vorfälle beweisen, was es mit der Kollegialität der Verbändler auf sich hat. Nicht Koalitionsfreiheit, sondern Koalitionszwang ist ihr Prinzip. Gerade wie bei den Scharfmachern, die für die Gelben agitieren.

Ein weiterer Zusatz unsererseits erübrigt sich.

Sterblichkeit und Todesursachen. Insgesamt sind im Jahre 1908 in Preußen 693 724 Personen gestorben, gegen 680 949 im Vorjahr, und zwar von 10 000 Einwohnern: an Krankheiten der Verdauungsorgane 22,48, Altersschwäche 18,94, Tuberkulose 16,46, Lungentzündung 14,96, Krankheiten der Kreislauforgane 14,32, angeborener Lebensschwäche und organischen Fehlern 11,73, Gehirnschlag und anderen Krankheiten des Nervensystems 11,44, Krankheiten der Atmungsorgane 10,12, Krebs und anderen Neubildungen 7,41, durch Verunreinigung oder andere gewalttätige Einwirkung 4,12, an Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane 2,95, Keuchhusten 2,77, Diphtherie und Krupp 2,55, Infleuzen 2,99, Scharlach 2,20, Malaria und Möteln 1,92, Mose und andere Wundinfektionskrankheiten 0,97, Typhus 0,54, im Kind-

bett 1,01, infolge Selbstmordes 2,14, durch Mord und Todschlag 0,22 Prozent. Uebertragbaren Krankheiten sind 175 479 = 25,30 Prozent der Gestorbenen erlegen, davon 9,13 Prozent an Tuberkulose, 8,30 an Lungentzündung, 1,40 an Diphtherie und Krupp, 1,54 an Keuchhusten, 1,22 an Scharlach, 1,06 an Malaria und Möteln, 0,30 an Typhus, 0,25 an Kindbettfieber, 0,02 an Ruhr, 0,01 an Waden, 35 Personen starben an übertragbaren Tierkrankheiten, und zwar 3 an Tollwut, 29 an Milzbrand, 2 an Rotz und 1 an Trichinose. Die Todesfälle an Infleuzen sind von 5512 auf 8824 gestiegen. Dem Alkoholismus sind 1157 Personen erlegen. Geschlechtskrankheiten waren die Todesursache für 741 Gestorbene, zumeist Kinder. An Sonnenstich starben 113 Personen. Die Judenkrankheit hat 2909 Personen dahingerafft.

Heimliche Konkurrenzklausein. Heimliche Konkurrenzklausein wirken wie „schwarze Listen“. Sie machen vielfach den von ihnen Betroffenen den Erwerb in dem erlernten Beruf unmöglich und beschränken die persönliche Freiheit in einer unerträglichen Weise. Es gibt in einer Anzahl deutscher Industrieverbände und ebenio unter einzelnen Firmen eines bestimmten Berufsweiges seit Jahren Abmachungen, nach denen sich verpflichten, keinen Beamten, Werkmeister, Techniker usw. von einer Konkurrenzfirma anzustellen, wenn diese nicht damit einverstanden ist. Ein Angestellter derartiger Firmen besitzt also unter Umständen weder Freizügigkeit noch überhaupt die Möglichkeit, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, wenn er nicht den Beruf wechseln will. Derartige Abmachungen widersprechen auch dem Geiste der Gewerbeordnung und natürlich jedem gerechten sozialen Gefühl.

Jetzt hat der Bund der technischen industriellen Beamten auch die Hilfe der Gesetzgebung noch ausdrücklich gegen derartige Klausein angerufen. Er hat sich an den Reichstag mit der Bitte gewendet, die Frage auch durch das Strafgesetzbuch zu regeln. Es soll ein Paragraf eingefügt werden, der bestimmt:

„Wer Verabredungen anreht oder an Abkommen teilt, durch die der Lebertritt eines Angestellten in ein gewerbliches Unternehmen, das an der Verabredung beteiligt ist, von der Einwilligung des letzten Dienstgebers abhängig gemacht wird, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und zugleich mit Geld bis zu 6000 Mark bestraft.“

Die Reform des Reichsstrafgesetzbuches wird auch nach dieser Richtung sozialethische Grundzüge zur Anerkennung bringen müssen.

### Gewerksvereins-Teil

Stettin. Am Sonnabend, 12. März, hielten die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner der Ortsvereine der Maschinbau- und Metallarbeiter (Gadow, Predow, Jüllchow und Frauendorf) eine gemeinsame Sitzung ab. Nach einem einleitenden Referat des untergeordneten Schriftführers über das Thema: „Wie fördern wir unsere Agitation?“ fand eine längere Aussprache statt, in der alleseitig hervorgehoben wurde, daß es jetzt an der Zeit sei, tüchtig in die Agitation für unsern Gewerksverein einzutreten. Eine ganze Reihe Unorganisierten ist noch zu belehren und zu bekehren. Am interessantesten gestaltete sich die Aussprache über die Art der Agitation. Von allen Kollegen wurde hervorgehoben, daß das Hineintragen von Politist in unsere Organisation nur ein Schaden und Semmischuß ist. Frei von allem Beiwert muß eine richtige Arbeiterorganisation dastehen. Ein jeder freie Arbeiter muß selbst wissen, welcher Partei er sich anzuschließen hat. Allgemeiner Wunsch ist, daß auch unser „Regulator“ und „Gewerksverein“ bei politischen Wahlen sich gänzlich neutral halten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlung der Ortsvereine der Maschinbau- und Metallarbeiter (Gadow, Predow, Jüllchow und Frauendorf) unterstützt den Standpunkt des Generalrats und Zentralrats, daß es nur durch eine freie, politisch und religiös neutrale Arbeiterorganisation möglich ist, die Arbeiter zu einer Truppe behufs Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und Abwehr von geplanten Verschlechterungen ihrer wirtschaftlichen Rechte zu vereinigen. Die heutige Sitzung hofft auf das Bestimmteste, daß der nächste Verbandstag dieses Prinzip der Deutschen Gewerksvereine nicht nur aufrecht erhält, sondern noch mehr befestigt. Die heutige Sitzung verpflichtet sich, tatkräftig in die Agitation zur Werbung neuer Mitglieder einzutreten.“

An dieser Stelle fordere ich nun alle unsere Kollegen auf, uns in dem Werben neuer Mitglieder zu unterstützen und fleißig die Versammlungen zu besuchen. Alle Kollegen in der Sitzung zeigten eine Begeisterung für unsere Sache wie nie zuvor. Können wir, daß die aufmunternden Worte gute Früchte tragen. Nicht eher ruhen und lassen dürfen wir, bis der letzte der Indifferenten in unsern Gewerksverein organisiert ist.

Rudolf Viehler, Schriftführer.  
Striegau. Am 13. März fand hier selbst auf Anregung des Ortsvereins der Eisenbahner zu Jauer eine Eisenbahnerversammlung statt, für welche der Ortsverbandsvorsitzende Kollege Duander, Jauer das einleitende Referat übernommen hatte. Er erörterte „Die

